L-2-289: Wasser-, Klima-, Artenschutz: für eine zukunftsfähige Landwirtschaft!

Antragsteller*innen Landesvorstand Grüne Jugend Bremen, Lena Kramer, Rebecca Morsch (beschlossen am: 28.10.2019)

Antragstext

Von Zeile 288 bis 290:

Seit 1962 werden über die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) landwirtschaftliche Betriebe gefördert. ~~Das vorrangige Ziel der GAP ist eine günstige und sichere Nahrungsversorgung in der EU.~~
Die GAP ist mit fast 40% des Budgets der zweitgrößte Kostenpunkt im Haushalt der EU und eine ihrer Kernzuständigkeiten. Seit dem Beginn der Förderpolitik haben Bäuer*innenverbände und Agrarkonzerne großen Einfluss auf ihre Ausgestaltung ausgeübt, sodass vor allem große Höfe und Agrobusiness von ihr profitieren. In Deutschland erhalten zum Beispiel 1,7% aller Betriebe ein Viertel aller Direktzahlungen. Dies hat maßgeblich zur Monopolisierung auf der einen Seite, und Höfesterben und der Marginalisierung bäuerlicher Landwirtschaft auf der anderen Seite beigetragen. Umweltschäden werden also durch die GAP nicht bekämpft, sondern herbeigeführt. Die früheren Export- und heutigen Direktsubventionen verbilligen zudem die landwirtschaftliche Produktion, sodass europäische Agrarprodukte auf den internationalen Märkten die Preise nach unten drücken und für ein allgemeines Preis- und Lohndumping in der Landwirtschaft sorgen. Durch die Subventionspolitik wird etwa Fleisch zum Billigprodukt. Die massiven Umwelt- und Klimaauswirkungen der landwirtschaftlichen Tierhaltung und Fleischproduktion werden im Preis nicht abgebildet.
In vielen Ländern des globalen Südens verloren Kleinbauern durch Landraub ihre Lebensgrundlage, und lokale Ernährungssysteme wurden durch Importe von stark subventionierten Lebensmitteln aus Europa zerstört. Auch in Europa sorgen die Direktzahlungen der GAP für Landraub, da kleine Betriebe aufgeben müssen, und Landwirtschaft durch die Subventionen für große Investor*innen erst rentabel wurde. Dies alles ist aber keine Sackgasse und keine Situation ohne Alternative.
Wir fordern, dass die GAP ihrem Potential zur Umgestaltung der Landwirtschaft in Europa gerecht wird. Der Schutz öffentlicher Güter wie Wasser, Böden und Klima muss belohnt werden, während externe Kosten, die durch zum Beispiel Pestizideinsatz oder industrielle Tierhaltung entstehen, in den Preisen für Lebensmittel erkennbar sein müssen.